

grundlage im RPG die Kulturlandsicherung nicht einfach zu verwirklichen ist. Obwohl vielerorts der Wille zum besseren Schutz des Landwirtschaftslandes besteht, werden die einzelnen Abwägungsentscheide noch zu häufig zugunsten handfester Lokal- und Sektorinteressen und damit gegen das schwerer qualifizierbare landwirtschaftliche Allgemeininteresse gefällt.

Dabei fällt besonders ins Gewicht, dass in zahlreichen Kantonen vorerst die Gemeinden über Anordnung und Ausdehnung ihrer Bauzonen bestimmen. Die kantonalen Behörden, welche diese Entscheide zu überprüfen haben, schreiten verständlicherweise erst dann ein, wenn offensichtliche Ermessensfehler begangen worden sind. Die Summe der nicht falschen, wohl aber einseitig gefällten Entscheide führt zum bekannten Ergebnis: es wird wohl geplant, wertvolles Kulturland geht aber weiterhin «auf geordnete Weise» verloren. Angesichts dieser Lage sind einige Kantone bereits dazu übergegangen, das Landwirtschaftsgebiet selber festzusetzen (direkt, über kantonale Landwirtschaftszonen, oder indirekt, über fachlich und politisch gut abgestützte behördenverbindliche Pläne). Den Gemeinden verbleibt allenfalls noch ein Anordnungsspielraum der Bauzonen in einem gegebenen Rahmen sowie die Kompetenz, Landwirtschaftszonen über das vom Kanton festgesetzte Mass hinaus zu erweitern. Derartige Lösungen haben bisher die Kantone Genf, Zürich und Baselland getroffen; in anderen Kantonen bahnen sich Lösungen in ähnlicher Richtung an (z.B. Thurgau, Bern, Solothurn). Weitgehende kantonale Vorschriften über die Landwirtschaftszone und eine straffe kantonale Aufsicht über die Gemeinden kennt auch der Kanton Waadt.

Im Ergebnis zeigt die bisherige Erfahrung, dass das Überbürden der vollen Vollzugslast auf die Gemeinden allein nicht zum Ziele führt. Eine tatkräftige Unterstützung durch die kantonale Regierung, wenn möglich auch durch die kantonalen Parlamente, ist nötig.

Zu 4: Beim einzigen bisher genehmigten kantonalen Richtplan (Kanton Graubünden) hat der Bundesrat vom Kanton ergänzende Massnahmen zum Schutze des Landwirtschaftslandes verlangt. Der Kanton ist dieser Einladung gefolgt und wird auf Ende des Jahres vertiefende Untersuchungen vorlegen und weitere Massnahmen treffen. Der Bundesrat ist zuversichtlich, dass diese die bundesgesetzlichen Anforderungen erfüllen werden.

Bei den künftigen Richtplangenehmigungen gedenkt der Bundesrat ebenso zu verfahren: Der zu genehmigende Richtplan muss den bundesgesetzlichen Anforderungen entsprechen, insbesondere ist nachzuweisen, dass die gemäss Anbauplanung erforderlichen Fruchtfolgeflächen vorhanden und mit raumplanerischen Mitteln gesichert sind. Abweichungen können allenfalls dann erwogen werden, wenn der Kanton noch weitergehende Untersuchungen und Massnahmen beabsichtigt, die nur in einem längeren Zeitraum sachgerecht durchgeführt werden können. In solchen Fällen müssen für eine vorzeitige Genehmigung mindestens ein vorläufiger Nachweis (z.B. über die Gemeindeackerbaustellen) und ein konkretes Programm über die noch vorzunehmenden Arbeiten vorliegen sowie genügend vorsorgliche Sicherungsmassnahmen getroffen sein. Der Bundesrat wird solche Genehmigungen mit einem klar umschriebenen und befristeten Auftrag für die erforderlichen Ergänzungen verbinden. Dabei wird er auch darauf hinweisen, dass Nutzungspläne im Sinne des Gesetzes bis Ende 1987 vorliegen müssen (Art. 35 RPG).

Der Richtplan kann nur aufzeigen, wie die Erhaltung der Landwirtschaftsflächen gesichert ist oder noch gesichert wird. Landwirtschaftsland ist erst durch Nutzungspläne wirksam geschützt. Nur diese sind für jedermann verbindlich. Zur Flächenerhebung und -sicherung in den Richtplänen gehört auch die Aufsicht (Kontrolle), dass Richtpläne auf Nutzungspläne durchwirken (Art. 26 RPG). Dem Kanton stehen weitgehende Kontroll- und Vorsorgeinstrumente zur Verfügung, so vor allem die «Planungszone» (Art. 27 RPG). Der Bundesrat verfügt nur über das Aufsichtsinstrument der «vorübergehenden Nutzungszone» (Art. 37 RPG). Nach bis-

heriger Auffassung soll diese Bestimmung nur in besonders bedeutsamen und krassen Fällen angewendet werden. Die Hauptverantwortung liegt auch hier beim Kanton.

Zu 5: Das RPG mit seinen Instrumenten ist somit geeignet, den Schutz des guten Kulturlandes zu erreichen; dies ist ja eines der wichtigen Ziele des Gesetzes.

Die Probleme liegen weniger im Grundsätzlichen als im täglichen Vollzug, welcher die Behörden, insbesondere der Gemeinden, oft überfordert. Entscheidend ist daher die Haltung des Kantons und seiner Regierung. Ihnen stehen genügende Instrumente zur Verfügung, wenn sie diese anwenden wollen. Der sachgerechte Vollzug des RPG ist auch ein politischer Auftrag: «Planungsmüdigkeit», unzweckmässige bestehende Planungen oder falsch verstandener Föderalismus dürfen nicht zum Vorwand werden, die anerkannte Aufgabe aufzuschieben. Dabei können interessierte Berufsorganisationen und politische Gruppierungen viel dazu beitragen, ein günstiges Klima für einen wirksamen Vollzug zu schaffen.

Aufgrund seiner Aufgaben in der Landwirtschaftspolitik und in der wirtschaftlichen Landesversorgung ist sich der Bundesrat seiner Mitverantwortung in der Flächensicherung bewusst. Er wird die Entwicklung aufmerksam verfolgen und dem Parlament darüber berichten (in den Regierungsrichtlinien angekündigter «Bericht über Stand und Entwicklung der Bodennutzung und Besiedlung»). Er wird nötigenfalls zusätzliche Massnahmen treffen und vorschlagen.

Ob bundesgesetzliche Vorschriften in dem von den Interpellanten vorgeschlagenen Sinne nötig werden, wird der Bundesrat prüfen, wenn eine grössere Zahl kantonalen Richtpläne vorliegen wird. Dabei ist zu bedenken, dass eingehendere Rechtsvorschriften, wenn damit das Vollzugsdefizit nicht noch vergrössert werden soll, unweigerlich mit straffen Führungs- und Kontrollmassnahmen des Bundes einhergehen müssen.

Reichling: Ich danke dem Bundesrat für die klare Antwort, die er hier gegeben hat. Es ist zu hoffen, dass sie von den Kantonen und Kantonsregierungen auch zur Kenntnis genommen wird. Ich kann mich deshalb von der Antwort befriedigt erklären.

Trotzdem ist meine Sorge nicht vollständig zerstreut. Im Kanton Zürich liegen etwa 40 Prozent aller Bauernhöfe samt dem entsprechenden Umschwung im Siedlungsgebiet, zum grossen Teil sogar vermutlich in bereits festgelegten Bauzonen. Jede Fahrt durch das schweizerische Mittelland zeigt uns, wie in schrecklicher Masse bestgeeignetes Ackerland durch Industriebauten, Wohnbauten, Sportanlagen und Strassen verlorengeht, während die nebelfreien Hang- und Hügellagen von Bauten freigehalten werden. Wir werden aufmerksam verfolgen, ob der Bundesrat bei der Beurteilung der kantonalen Richtpläne dem Grundsatz, dass der Landwirtschaft vorzugsweise das geeignete Kulturland zuzuweisen sei, die besondere Beachtung schenken wird.

Le président: L'interpellateur est satisfait de la réponse.

84.438

Interpellation Houmard Gewalttaten der Béliers Actes de violence du Groupe Bélier

Wortlaut der Interpellation vom 6. Juni 1984

Ich erlaube mir, den Bundesrat zu fragen, was er von den neuesten Gewalttaten der «Béliers» hält.

Ist er nicht auch der Meinung, es sei für ihn jetzt an der Zeit, aus der Reserve hervorzutreten und die Anstrengungen derjenigen, die sich um ein Einvernehmen bemühen, zu

unterstützen, damit der Terrorismus aufhört und eine Zeit echten Burgfriedens anbricht?

Texte de l'interpellation du 6 juin 1984

Je me permets de demander au Conseil fédéral ce qu'il pense des actes de violence commis ces derniers temps par le Groupe Bélièr.

Le Conseil fédéral n'estime-t-il pas qu'il est temps, pour lui, de sortir de sa réserve pour soutenir les efforts des hommes de bonne volonté afin que cesse le terrorisme et que s'ouvre une ère de trêve véritable?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aliesch, Allenspach, Ammann-Berne, Aregger, Basler, Berger, Blocher, Bonnard, Bonny, Bremi, Bühler-Tschappina, Bürer-Walenstadt, Candaux, Cavadini, Cevey, Cincera, Cottet, Couchepin, Coutau, Dirren, Dubois, Dünki, Eggenberg-Thoune, Eppenberger-Nesslau, Fischer-Hägglingen, Flubacher, Frey-Neuchâtel, Früh, Gehler, Geissbühler, Giger, Giudici, Graf, Günter, Hari, Hegg, Hofmann, Hösli, Humbel, Hunziker, Iten, Jeanneret, Kohler Raoul, Koller Arnold, Kopp, Künzi, Loretan, Lüchinger, Martin, Massy, Nebiker, Nef, Nussbaumer, Oehen, Oester, Ogi, Perey, Petitpierre, Pfund, Pidoux, Pini, Revacquier, Rime, Risi-Schwyz, Röthlin, Rubi, Ruf-Berne, Rutishauser, Rüttimann, Sager, Salvioni, Savary-Fribourg, Savary-Vaud, Schärli, Schneider-Lucerne, Schüle, Schwarz, Segmüller, Soldini, Spälti, Spoerry, Steinegger, Stucky, Uhlmann, Villiger, Wanner, Weber-Schwyz, Wellauer, Wyss, Zwingli, Zwygart (91)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Le 17 mars 1984, nous lançons un appel à la trêve afin que les deux régions du Jura bernois et du canton du Jura reprennent un dialogue confédéral et courtois pour régler leurs problèmes spécifiques et ceux qui leur sont communs. Pour le Rassemblement jurassien dont le groupe Bélièr est le fer de lance, la lutte continue. Or, dans cette perspective, le «Bélièr» multiplie les actes de violence: Wankdorf, Montbautier, Meienried, Malleray, Zurich, Unterseen, Les Rangiers.

Au nom du «Bélièr», Jean-Marc Baume, son animateur, revendique notamment la démolition de la Sentinelle des Rangiers. Cet acte aberrant démontre le manque total d'esprit civique de ces individus. Le monument, élevé en témoignage de reconnaissance envers les soldats qui ont monté une garde vigilante à nos frontières pendant une période particulièrement difficile, était le symbole de l'esprit de sacrifice d'hommes qui ont servi leur patrie sans distinction d'appartenance politique, confessionnelle ou linguistique. Mais des irrédentistes ont passé outre et ont bafoué ce qui était cher au peuple suisse. Le pays tout entier en est indigné. En évitant tout sentimentalisme mais en respectant l'esprit qui anime tout citoyen-soldat, nous avons le devoir de réprover et de condamner sévèrement ceux qui ont détruit ce témoignage.

Avant la votation populaire du 24 septembre 1978 qui devait ratifier la création du canton du Jura, nos plus hautes autorités avaient affirmé que «dans le cas où l'agitation séparatiste continuerait, la Confédération serait encore toujours là». Nous pensons qu'il est temps, maintenant, que les parrains du canton du Jura réagissent.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 15. August 1984

Rapport écrit du Conseil fédéral du 15 août 1984

Le 12 juin 1984, à l'occasion de l'heure des questions du Conseil national, le Conseil fédéral a également répondu à la présente interpellation. Il n'y a rien à ajouter à cette réponse orale.

Le président: L'interpellateur est partiellement satisfait de la réponse du Conseil fédéral.

84.467

Interpellation Ruf-Bern

Ausverkauf der Heimat. Werbung im Ausland

Bradage du sol national.

Publicité dans la presse étrangère

Wortlaut der Interpellation vom 20. Juni 1984

In der deutschen Illustrierten «Quick», Nr. 23 vom 30. Mai 1984, ist unter dem Titel «Wohnen in der Schweiz» zu lesen: «Die bekannte Hotelgruppe «Eurotel» baut in Breil (Graubünden) Appartements, mit deren Kauf automatisch ein praktisch unbegrenztes Wohnrecht verbunden ist. «Eurotel» garantiert ausländischen Käufern die «Aufenthaltsbewilligung B», die nach fünf Jahren zum (ständigen) Niederlassungsrecht führt.»

Der Bundesrat wird aufgefordert, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Trifft es zu, dass die Hotelgruppe «Eurotel» in der zitierten Reklame mit falschen Versprechungen Geschäfte zu tätigen sucht und die Werbung deshalb als missbräuchlich zu verurteilen ist, da die «Eurotel» in keiner Weise ein Aufenthaltsrecht zusichern kann?
2. Stellt eine solche Werbung nicht einen Verstoß gegen das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb dar?
3. Ist der Bundesrat bereit, derartige, offensichtlich unlautere Propaganda in aller Form zu missbilligen? Können dagegen rechtliche Schritte eingeleitet und Sanktionen ergriffen werden?
4. Ist der Bundesrat ferner gewillt, bei der «Eurotel» und den Urhebern ähnlich missbräuchlicher Werbeaktionen energisch zu intervenieren, um entsprechende Auswüchse zu unterbinden?
5. Teilt der Bundesrat die Auffassung, Werbung für den Ausverkauf der Heimat sei grundsätzlich unerwünscht und demzufolge zu unterlassen, weil dadurch eine bedenkliche Entwicklung künstlich angeheizt wird, die in krassm Widerspruch zum legitimen Interesse und Wunsch des Schweizervolkes steht, den immer knapper werdenden Heimatboden den eigenen Nachkommen als Lebensbasis zu erhalten?
6. Damit die Nachfrage aus dem Ausland nach dem kostbaren Schweizer Boden nicht noch künstlich gefördert werden kann, müssten gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, um die entsprechende Reklame wenigstens im Inland zu verbieten oder zumindest drastisch einzuschränken. Ist der Bundesrat bereit, die erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten?

Texte de l'interpellation du 20 juin 1984

Dans l'illustré allemand *Quick*, n° 23 du 30 mai 1984, on peut lire, sous le titre «Habiter en Suisse», le texte suivant: «Eurotel, le groupe hôtelier bien connu, construit à Breil (Grisons) des appartements dont l'achat permet automatiquement d'obtenir un droit quasi illimité de résider en Suisse. Eurotel garantit aux acheteurs étrangers l'obtention du «permis de séjour B» qui leur permettra de bénéficier au bout de cinq ans du droit (permanent) d'établissement.»

Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Est-il exact que le groupe hôtelier Eurotel cherche, par le texte publicitaire cité, à conclure des affaires en faisant des promesses fallacieuses et mérite de ce fait d'être condamné pour publicité mensongère puisque cette entreprise ne peut en aucun cas garantir l'acquisition d'un droit d'établissement?
2. Une telle publicité ne constitue-t-elle pas une infraction à la loi fédérale sur la concurrence déloyale?
3. Le Conseil fédéral est-il disposé à réprover formellement une telle réclame qui est manifestement mensongère?

Interpellation Houmard Gewalttaten der Béliers

Interpellation Houmard Actes de violence du Groupe Bélier

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1984
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	84.438
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.10.1984 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1435-1436
Page	
Pagina	
Ref. No	20 012 777

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.